

3. Demokratie und öffentliche Finanzen im Bundesstaat

Johann Mayr

Stadtrat und Finanzreferent im Linzer Stadtsenat

Ich möchte bei dem bisher Gesagten anschließen und hinzufügen, dass neben der wirtschaftspolitischen Orientierung, unabhängig davon, welchen Weg man geht, nicht vergessen werden soll, dass es eine zweite sehr wichtige Komponente gibt: die Demokratie. Man muss auch sehr selbstkritisch sagen: Es geht ohnehin nicht mehr um die Entscheidung, ob wir überhaupt ein marktwirtschaftliches oder ein anderes System haben wollen. Vielmehr geht es darum, im Rahmen einer kapitalistischen Orientierung zwischen reiner Markt-orientierung und staatlicher Regulierung der Märkte zu wählen. Also der völlige Freilauf oder der gezähmte Freilauf der Marktwirtschaft ist die Entscheidung, während es keine grundsätzliche Systementscheidung mehr gibt. Es gibt also unverrückbar das marktwirtschaftliche System. Doch wie sollen die Rahmenbedingungen dort gestaltet werden?

Der demokratiepolitische Aspekt wirtschaftspolitischer Gestaltung ist aus meiner Sicht sehr wichtig, weil auch bei Staatsorganisationen oder dort, wo der Staat Eigentümer ist oder ein Eigentümer vorhanden ist, der nicht unbedingt in das Schema eines Privateigentümers passt, die Verantwortlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern aus demokratischer Sicht sichergestellt sein muss. Ansonsten haben wir nicht nur im Marktbereich, sondern auch im staatlichen, gemeinwirtschaftlichen Bereich negative Entwicklungen.

Wenn man über den Finanzausgleich spricht, so haben die Angelegenheiten auf der kleinen, regionalen Ebene auch damit zu tun, was auf der europäischen Ebene passiert. Aufgrund des grundsätzlichen Konzepts – Maastricht-Kriterien etc. – setzen sich die EU-Entwicklungen auch innerstaatlich bis auf die Ebene der Gemeinden fort. Mit der jetzigen

Vereinbarung im Rahmen des innerösterreichischen Stabilitätspaktes gibt es klare Definitionen, dass die Gemeinden ein Maastrichtergebnis von plus/minus null in ihren Haushalten haben müssen.

Der Vorteil für die Gemeinden ist, dass auch die Länder den Stabilitätspakt nie einhalten können. Das Land Oberösterreich ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man regelmäßig scheitert. Ich persönlich nehme als Finanzstadtrat diesen innerösterreichischen Stabilitätspakt ja auch nicht beim Wort, obwohl das für Linz grundsätzlich kein Problem ist.

Aus meiner Sicht muss man folglich auf der europäischen Ebene Maßnahmen setzen. Das heißt, wir brauchen in Europa demokratische Strukturen, eine radikale Veränderung, wie die Entscheidungsstrukturen in Europa laufen. Man muss sich eben dazu bekennen, ob wir in Europa Demokratie wollen oder nicht. Wenn ja, so bedeutet das ein voll funktionsfähiges Europäisches Parlament mit Steuerhoheit für die europäischen Aufgaben. Welche Politik dann gemacht wird, entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, indem sie bei den entsprechenden europäischen Wahlen ihre Stimme abgeben.

Aus oberösterreichischer Sicht kann ich sagen, was sich im Finanzausgleichsbereich zunehmend durchsetzt: Die Knappheit der Mittel, die aus Steuereinnahmen zur Verfügung stehen, weil man ein bestimmtes steuerpolitisches Konzept auf Bundesebene verfolgt (Stichwort: Körperschaftssteuersenkung etc.), schlägt ja in ihrer Wirkung auf die Gemeinden durch und ist in Oberösterreich auch mit einem autoritären Machtzugang verwoben. Was will man eigentlich?

Man will die demokratisch legitimierten Organe in den Gemeinden abhängig machen. In Zahlen festgemacht heißt das, die oberösterreichischen Gemeinden zahlen an das Land Oberösterreich mehr als 500 Millionen und nur rund 300 Millionen fließen wieder zurück. Wir haben also einmal eine 200-Millionen-Kluft zulasten der Gemeinden.

Durch die Verwobenheit der wechselseitigen Zahlungen wird in diese Beziehungen Macht eingewoben, Macht ausgeübt. Wenn man das von unten von der Ebene der Gemeinden sieht, brauchen die Städte und Gemeinden die Steuereinnahmen, um öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Man muss natürlich auch transparent machen, wie diese Leistungen erbracht werden, wie die Qualität dieser Leistungen ausschaut. Damit haben wir sicher die wichtige Aufgabe, in Richtung höhere Transparenz öffentlicher Leistungsbereitstellung zu gehen.

Doch man muss auch die demokratiepolitische Schiene ernst nehmen. Es gehört eine Entflechtung zwischen den staatlichen Ebenen vorgenommen, es muss diese persönliche Machtausübung zu Ende gebracht werden. Offensichtlich gibt es eine bestimmte Anfälligkeit auf Landesebene: Man freut sich, wenn die Bürgermeister von den rund 180 Gemeinden, die Abgangsgemeinden sind, auf die Landesebene wandern, sich dort verbeugen und um entsprechende Förderungen und Zuschüsse ersuchen dürfen. Dafür gibt es jedoch keine demokratische Legitimation.

Zusammenfassend heißt das: Beide Aspekte sind wichtig. Erstens muss der Staat regulierend in die wirtschaftlichen Abläufe eingreifen (für Linz ist klar, wir werden nichts privatisieren; wenn wir irgendetwas tun, dann kaufen wir zu). Der zweite Punkt ist der demokratiepolitische Aspekt, der von der europäischen Ebene bis in die Kommunen hinabreicht, sodass zwischen den verschiedenen Ebenen die Machtabhängigkeiten auszuschalten sind. Es muss klare Zuweisungen geben, welche Aufgaben auf welcher Ebene zu erfüllen sind. Auf der jeweiligen Ebene sind dann die Aufgabenverantwortung und die Finanzierungsverantwortung zusammengefasst. Die bislang existierenden wechselseitigen Finanzströme setzen diese klare Zuordnung außer Kraft. Mit dem muss in Österreich aufgehört werden.

Ich glaube, dass wir diese neue Sicht in Oberösterreich durchaus umsetzen können. Der Herr Landeshauptmann sagt zwar immer, das hänge mit der Finanzausgleichsperiode zusammen, doch das ist ein völliger Unsinn, denn die Beziehungen zwischen den Gemeinden und zwischen dem jeweiligen Bundesland können jederzeit geändert und besser gestaltet werden. Das ist aus der kleinen regionalen Sicht ein Erfolg versprechender Ansatz, wie staatliche Wirtschaftspolitik auch auf kommunaler Ebene betrieben werden kann.

Was man gegen nicht legitimierte, autoritäre Strukturen tun kann, ist aufstehen, sich öffentlich äußern, öffentlich Druck machen und sich nicht immer hinter Linz verstecken. Ich kenne nur eine Stadt, die sich regelmäßig öffentlich gegen diese Willkür wehrt. Mit großem Abstand folgen ein paar Umlandgemeinden aus dem Bezirk Linz-Land, wo sich Bürgermeister ab und zu melden. Alle anderen schweigen und Schweigen bedeutet: Ich akzeptiere diese Strukturen, diese hierarchischen Verhältnisse. Man soll sich nicht heimlich beklagen, sondern öffentlich aufstehen, öffentlich diskutieren. Das hat mit Demokratie zu tun. Demokratie bedeutet immer, ich unterwerfe mich autoritären Strukturen nicht. Das sollte man, wenn man sich zumindest von der Identität her mit der Arbeiterbewegung identifiziert, aus der Geschichte lernen. Aufstehen, aussprechen und der Macht nicht weichen.

Ich glaube, wir liegen in Linz ganz gut, wenn man sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ansieht. Doch wenn demokratische Eckpfeiler mehr beachtet und verstärkt umgesetzt werden, wird das auch noch bessere Lebensverhältnisse für die Menschen bedeuten. Was mich in der öffentlichen Diskussion, auch in der Diskussion der SPÖ stört, ist, dass immer nur der eine Aspekt diskutiert wird und wir vergessen haben, was Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky als Grundlage ihres gemeinsamen Ansatzes gehabt haben: dass die Demokratie der entscheidende Punkt ist, wo sich die Welt entscheidet.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at